

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **Agenda für die Mutigen – 10-Punkte-Programm für die Gründerrepublik Deutschland**

Während sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier um die Fusion von europäischen Konzernen bemüht, vernachlässigt die Koalition die Belange von Gründern und Mittelstand. Völlig unverantwortlich ruht man sich auf dem Erfolg über 100 Jahre alter Großunternehmen aus und ignoriert, dass Gründergeist, Wagemut und Innovation erst zu unserem Wohlstand geführt haben.

Denn gerade den Mutigen, den Ambitionierten, unseren Gründern und Erfindern, werden in Deutschland erhebliche Steine in den Weg gelegt. So hat es die Bundesregierung in den letzten Jahren nicht geschafft, Hürden wie die überbordende Bürokratielast, die fehlende digitale Infrastruktur und fehlendes Wagniskapital für junge und mittelständische Unternehmen aus dem Weg zu räumen.

In einer globalisierten Welt mit rasantem Wachstum sind zwar die Chancen größer geworden, die Bedingungen aber auch härter. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Start-ups hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Wenn junge Unternehmen aus Deutschland international durchstarten wollen, brauchen sie zuhause den besten Nährboden, bestehend aus ausreichendem Kapital, minimaler Bürokratie und einer digitalen und flexiblen Arbeitsumgebung.

Genau hier setzt die Agenda für die Mutigen an: Echte und umsetzbare Lösungen für die schwerwiegendsten Stolpersteine junger Unternehmer. Denn gerade die brauchen wir, um langfristig gewappnet zu sein für die Zukunft. Die Start-ups von heute sind die Champions von morgen.

Dafür brauchen wir jedoch auch eine gesellschaftliche Veränderung. Das Misstrauen gegenüber Veränderung und der Hang zur Gewohnheit lähmen unsere Regierung und somit auch die Wirtschaft. Die Bundesregierung muss offen für neue Technologien sein, ohne bestimmte Technologien zu favorisieren. Sollten wir weiterhin zweifeln und den Innovationen anderer Länder hinterherhinken, werden kommende Generationen dafür bezahlen. Anstatt öffentlichen Neiddebatten gegenüber Unternehmern brauchen wir mehr Anerkennung für Selbständigkeit, Unternehmertum und wirtschaftlichen Mut. Wir müssen den deutschen Gründergeist wiederbeleben und uns auf den Weg machen zur Gründerrepublik Deutschland!

I. Schnelle Unternehmensgründungen für mehr Innovation und Wettbewerb

Wir stellen fest:

Unternehmensgründungen sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung. Ihre Innovationskraft ist eine der wirtschaftlichen Stärken der Bundesrepublik Deutschland. Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen auch neue Arbeitsplätze. Allerdings geht die Zahl der Unternehmensgründungen seit 2011 stetig zurück. Gab es im Jahr 2014 noch 915.000 Gründerinnen und Gründer, so waren es 2017 nur noch 557.000. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Eine der größten Hürden liegt jedoch bereits in der Startphase. Noch immer müssen Gründer eines Unternehmens zahlreiche Anträge bei Behörden stellen und lange auf eine Bearbeitung warten. Im internationalen Gründungsranking der Weltbank ist Deutschland somit auf den 114. Platz zurückgefallen. Dies führt dazu, dass viele Start-ups und Unternehmen im Ausland gegründet werden oder die Gründung gänzlich unterbleibt.

Unsere Lösung:

Wir wollen Unternehmensgründungen in Deutschland einfacher gestalten. Die Behördengänge sollen digitalisiert, gebündelt und somit vereinfacht werden. Statt zahlreicher Anträge und Formulare bei verschiedenen Behörden einreichen zu müssen, wollen wir die Verwaltungsvorgänge so weit reduzieren, dass eine Gründung innerhalb von 24 Stunden bei einer zentralen Anlaufstelle („One-Stop-Shop“) möglich ist. Damit sich die Gründer auf ihre Idee und den Aufbau des Unternehmens konzentrieren können, soll ein bürokratiefreies erstes Jahr für neu gegründete Unternehmen eingeführt werden. Unter anderem soll dies eine Option auf Seiten der Gründer beinhalten, die sie von der monatlichen Pflicht zur Umsatzsteuervoranmeldung entbindet.

II. Zukunftsfonds für mehr Wagniskapital

Wir stellen fest:

Bis heute fehlt es gerade bei neuen Technologien und Geschäftsmodellen an ausreichendem Wagnis- und Risikokapital für wachsende Start-ups. Dies wird besonders deutlich im Vergleich zu gründerfreundlichen Standorten wie den USA, China oder Israel. Laut Bundesregierung fehlen 500 bis 600 Millionen Euro. Gemessen am BIP dürfte die Lücke zu führenden Nationen eher bei ca. 10 Mrd. Euro liegen. Besonders kritisch ist die Finanzierungslücke in der „Later Stage“, wenn Unternehmen ihren Marktzugang und ihr Wachstum finanzieren. Das bisherige Engagement von Bundesregierung und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Folge: Innovative Unternehmen aus Deutschland scheitern oder werden ins Ausland verkauft, so dass sich die Innovationen auch dort zuerst durchsetzen.

Unsere Lösung:

Deutschland fehlen große Venture-Capital-Fonds, die in der Lage sind, die kapitalintensiven Investitionen wachsender Start-ups zu bedienen. Notwendig ist daher die Schaffung eines Zukunftsfonds für Wagniskapital in der Later Stage-Finanzierung. Ziel ist es – orientiert am dänischen Dachfonds – deutlich mehr Kapital privater und institutioneller Anleger zu bündeln und in deutsche Venture Capital-Fonds zu investieren. Der Dachfonds steht institutionellen Investoren, Family Offices und erfahrenen Privatanlegern offen. Die öffentliche Beteiligung gewährleistet attraktive Bedingungen für die Investoren. Dazu soll auch ein Teil der von der KfW eingenommenen Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Eurogrid International CVBA in diesen Zukunftsfonds eingebracht werden.

III. Moderne Regelungsrahmen für neue Geschäftsmodelle

Wir stellen fest:

Durch Digitalisierung und Globalisierung verändern sich nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch die traditionellen Marktlogiken. Insbesondere in der digitalen Wirtschaft und der Plattformökonomie entwickeln sich neue Geschäftsmodelle, auf die die bisherigen Regelungsrahmen nicht ausgerichtet sind bzw. von diesen nicht erfasst werden. Statt die bisherigen Regelungen anzuwenden, sollten diese überprüft und an die Anforderungen der heutigen Zeit angepasst werden.

Unsere Lösung:

Wir setzen uns für faire nationale und internationale Spielregeln ein, sowohl für klassische Unternehmen als auch für Unternehmen aus der Digitalwirtschaft. Wir wollen auch deutschen Unternehmen in der digitalen Wirtschaft die Chance ermöglichen, sich zu etablieren und international wettbewerbsfähig zu sein. Wir streben die Förderung von Gründern, insbesondere auch in der digitalen Wirtschaft durch die Überprüfung der bisherigen Regelungen und – sofern erforderlich – die Anpassung an neue Geschäftsmodelle an. Damit der funktionierende Wettbewerb als Prinzip der sozialen Marktwirtschaft gewährleistet wird, benötigen wir faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer. Nur so kann es uns gelingen, ein Level-Playing-Field mit gleichwertigen Wettbewerbsbedingungen für bereits etablierte Unternehmen und Start-ups aus der Digitalwirtschaft herzustellen.

IV. Praxisnahes Urheberrecht für innovative Gründer

Wir stellen fest:

Die im April 2019 beschlossene Richtlinie zum „Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt“ ist zurecht massiv von Öffentlichkeit und Kreativwirtschaft kritisiert worden. Neben den Gefahren für die Meinungsfreiheit wurden auch die unzureichenden Ausnahmen von den Haftungsregeln des Artikels

17 kritisiert. Dies hat enorme Auswirkungen auf Unternehmensgründungen im Bereich der Digitalwirtschaft, denn sobald ein Unternehmen nicht mehr jünger als drei Jahre ist, der Jahresumsatz 10 Mio. Euro überschreitet oder eine Plattform mehr als für Millionen Nutzer hat, entfallen die Ausnahmeregelungen.

Unsere Lösung:

Der vorhandene rechtliche Spielraum bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht muss voll ausgeschöpft werden, um für innovative Start-ups keine zusätzlichen Hürden aufzubauen. Sollte sich erweisen, dass im Bereich des Urheberrechts weitere Ausnahmen erforderlich sind, muss die Richtlinie auf europäischer Ebene neu verhandelt werden.

V. Flächendeckende Gigabit-Infrastruktur für bessere Standortbedingungen

Wir stellen fest:

Der Standort ist entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg vieler Unternehmensgründungen. Für digitale Start-ups bedeutet dies vor allem die flächendeckende Verfügbarkeit moderner Telekommunikationsnetze. Deutschland wird seinem eigenen Anspruch der Technologieführerschaft längst nicht gerecht. Während die Koalition vom neuen Mobilfunkstandard 5G fabuliert, ist nicht einmal eine flächendeckende Versorgung mit geringerer Bandbreite gewährleistet. Zugleich sind die Mobilfunkpreise in Deutschland aufgrund geringen Wettbewerbs zwischen den bislang drei Netzanbietern überdurchschnittlich hoch. Hieraus resultiert auch die große Zahl an deutschen Mobilfunkkunden, die trotz der Verfügbarkeit von LTE weiterhin günstigere UMTS-Verträge nutzen. Auch von einem flächendeckenden Glasfasernetz sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Dieses Umfeld ist für digitale Start-ups nicht attraktiv.

Unsere Lösung:

Damit digitale Start-ups in Deutschland nicht nur entstehen, sondern auch wachsen können, dürfen wir dem weltweiten Infrastrukturausbau nicht länger hinterherlaufen. Wir wollen überall in Deutschland ein hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Gigabit-Gutscheine für Unternehmen können einen wertvollen Beitrag leisten, die Standortbedingungen zu verbessern. Die Unternehmen sollen so die Möglichkeit bekommen, sich in eigener Verantwortung eine leistungsfähige Netzanbindung installieren zu lassen. Die Vergabe erfolgt nach dem „First-Come-First-Serve“ Prinzip, um ein möglichst unbürokratisches Verfahren zu ermöglichen. Außerdem wollen wir einen schnelleren und effizienteren Mobilfunkausbau. Die Erlöse aus künftigen Frequenzversteigerungen müssen dem Ausbau des 4G- und 5G-Netzes in Deutschland zugutekommen und dürfen nicht im Bundeshaushalt versickern. Deshalb sollen zukünftige Einnahmen durch eine Rückwärtsversteigerung zur Schließung von weißen Flecken

verwendet werden. Einerseits werden durch ein Versteigerungsverfahren die Frequenzen effizient vergeben und die Möglichkeit für neue Markteinsteiger gewahrt. Andererseits würden dem Mobilfunkmarkt keine Mittel für Investitionen durch die Erlöse entzogen. Dadurch kann eine bessere Netzabdeckung schneller und einfacher gewährleistet werden.

VI. Mehr Flexibilität für mehr Produktivität

Wir stellen fest:

Die Digitalisierung hat den Arbeitsalltag für viele Beschäftigte revolutioniert. Starre Regelwerke wie das geltende Arbeitszeitrecht sind hier nicht mehr zukunftsweisend. Das betrifft Gründer und Start-ups in besonderem Maße, da digitale und flexible Arbeitsprozesse oft Kern ihres Geschäfts und notwendig sind, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Starre Arbeitszeitregelungen werden aber auch den Bedürfnissen vieler Beschäftigter nicht gerecht. Sie wollen sich neben ihrer Berufstätigkeit auch für ihre Familie, etwa Kinderbetreuung oder Pflege, und für eigene Projekte engagieren. Der Staat ist hier gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Unsere Lösung:

Flexibilität und Selbstbestimmung müssen Leitgedanken des Arbeitszeitrechts werden. Es geht nicht um mehr Arbeit oder weniger Pausen, sondern darum, individuelle Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Der bestehende Spielraum der EU-Arbeitszeitrichtlinie muss daher auch in Deutschland voll ausgeschöpft werden. Außerdem wollen den gesetzlichen Rahmen für Langzeitarbeitskonten verbessern, etwa bei Aspekten wie Entgeltumwandlung, Mitnahmemöglichkeit oder Bürokratielasten. So entstehen für Arbeitnehmer bessere Bedingungen für Auszeiten und Weiterbildungen, was gerade in innovativen Branchen von zunehmender Bedeutung ist.

VII. Angemessene Absicherung für Selbständige

Wir stellen fest:

Wir wollen Mut und Selbständigkeit fördern und daher den Wunsch nach Flexibilität und Selbstbestimmung ernst nehmen. Einige Regelungen im Sozialversicherungsrecht schränken die Möglichkeiten von Selbständigen unnötig ein und schrecken davor ab, einen alternativen Berufsweg zum „Normalarbeitsverhältnis“ einzuschlagen.

Unsere Lösung:

Unwägbarkeiten bei der Statusfeststellung durch die gesetzliche Rentenversicherung müssen beseitigt werden, indem eine neutrale Stelle anhand klarer und verbindlicher Kriterien die Entscheidung trifft, ob eine selbständige Tätigkeit vorliegt. Das Verfahren muss digitalisiert und beschleunigt werden. Gerade für Selbständige ist zudem in der Regel ein

flexibler Renteneintritt sinnvoll. Eine verpflichtende Basisabsicherung für Selbständige im Alter ist nur dann tragfähig, wenn maximale Wahlfreiheit bei der Art der Vorsorge gewährleistet ist. Um Gründerinnen und Gründer zu entlasten, werden in jeder Gründungsphase großzügige Karenzfristen von fünf Jahren eingeführt, während derer keine Vorsorgeverpflichtung besteht. Wir fordern außerdem faire Versicherungsbeiträge für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung, die sich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. Bei der Arbeitslosenversicherung ist eine weitere Öffnung notwendig, damit sich Selbständige freiwillig gegen dieses Risiko absichern können.

VIII. Besserer Rahmen für Social Entrepreneurship

Wir stellen fest:

Viele Start-ups und Gründer verfolgen nicht ausschließlich wirtschaftliche Ziele. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Umwelt ist für viele Gründer auch der soziale Fortschritt Unternehmenszweck. Diese Unternehmen können die Gesellschaft durch soziale Innovationen voranbringen, die im Rahmen der etablierten Modelle oft scheitern. Gleichzeitig haben diese Unternehmen auch ein großes volkswirtschaftliches Potenzial. Auch wenn sich Deutschland zu einem bedeutenden Standort für Social Entrepreneurs entwickelt hat, liegt dies nicht an den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Unsere Lösung:

Sozialunternehmen müssen stärker als bisher in den Fokus der Politik. Dazu wollen wir bessere Networking-Möglichkeiten für soziale Unternehmer mit Wirtschaft und Politik schaffen. Um bestehende Finanzierungsprobleme anzugehen, sollten die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme dahingehend überprüft werden, inwieweit eine Öffnung für Sozialunternehmen möglich und sinnvoll ist. Ebenso ist zu prüfen, ob eine neue Rechtsform eingeführt wird, die dem besonderen Charakter der Sozialunternehmen Rechnung trägt.

IX. Freiheitszonen für innovative Unternehmen

Wir stellen fest:

Gründer brauchen Raum, um sich zu entfalten. Bürokratie, regulatorische Dichte und die zunehmende Risiko- und Technologieaversion sind schwerwiegende Nachteile des Standortes Deutschland. Die Bundesregierung hat es versäumt, die Integration moderner technologischer Anwendungen in den Alltag von Bürgern und Unternehmen aktiv voranzutreiben und Innovationen Orte zum Ausprobieren und Entfalten zu schaffen. Gerade in der öffentlichen Verwaltung geht die Transformation von analogen zu digitalen Prozessen nur schleppend voran. Innovative Gründer werden so entmutigt. Sprunginnovationen müssen die Chance haben, in Deutschland nicht nur bis zur Marktreife entwickelt zu werden, sondern sich hier auch schnell durchzusetzen.

Unsere Lösung:

Wir brauchen regionale Freiheitszonen und Experimentierräume, die im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad und besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen bieten. Dadurch werden Innovationen, Gründungen und Ansiedlungen von Unternehmen wie auch Unternehmensnachfolgen erleichtert. Zugleich muss der Bund viel stärker als bisher eine Vorbildfunktion einnehmen und konsequent auf neue Technologien setzen. eAdministration und eGovernment müssen deutlich vorangetrieben werden. Zusätzlich zur Digitalisierung der Prozesse müssen Verwaltungsdienste auch auf Englisch angeboten werden, damit fehlende Deutschkenntnisse erfolgreichen Unternehmensgründungen nicht im Weg stehen.

X. Aktive Bildungspolitik für besseres Gründungsklima

Wir stellen fest:

Den Mut aufzubringen, selbständig zu werden und ein Unternehmen zu gründen, das ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Während Medien und Öffentlichkeit das Thema Unternehmertum zunehmend kritisch betrachten, spielen Gründungen in der schulischen und universitären Bildung nahezu keine Rolle. Gründen muss in der Gesellschaft fest verankert sein, um eine dynamische Gründerszene zu entwickeln. Das Bildungssystem muss junge Menschen über die Vorteile der Selbständigkeit und die gesellschaftliche Rolle der Unternehmer aufklären. Zugleich muss die Angst vor dem Scheitern thematisiert werden. Das Scheitern von Gründern darf nicht als Makel verstanden werden. Es ist eine Chance, zu lernen und einen Neubeginn zu wagen.

Unsere Lösung:

Die längst überfällige Verbesserung der digitalen Infrastruktur an deutschen Schulen wird nicht ausreichen, um die Schülerinnen und Schüler auf die wirtschaftlichen Herausforderungen vorzubereiten. Wirtschaftsthemen und Unternehmertum sollten in Lehrplänen und Schulbüchern eine größere Rolle spielen als bisher. Vor allem sollten sich Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen frühzeitig spielerisch mit Unternehmertum befassen. Alle weiterführenden Schulen sollten daher verpflichtet werden, ihren Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an Unternehmensplanspielen oder Schülerfirmenwettbewerben zu ermöglichen. Um jungen Gründerinnen und Gründern das notwendige Handwerkszeug zu vermitteln, den Start ihres Unternehmens erfolgreich zu gestalten, sollten zusätzliche spezialisierte Studiengänge und studienbegleitende Universitätskurse eingerichtet werden. Ein besonderer Fokus muss dabei auf weiblichen Gründern liegen, die bislang deutlich unterrepräsentiert sind.

Ansprechpartner:

Reinhard Houben MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag,
Telefon: 030 227 - 73375 - E-Mail: reinhard.houben@bundestag.de